

Zeitschrift: Fachzeitschrift Heim
Herausgeber: Heimverband Schweiz
Band: 66 (1995)
Heft: 10

Artikel: Staat und Diakonie haben eine soziale Verantwortung - welche?
Autor: Stocker, Monika
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-812607>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

STAAT UND DIAKONIE HABEN EINE SOZIALE VERANTWORTUNG – WELCHE?*

Von Monika Stocker, Stadträtin, Vorsteherin des Sozialamtes der Stadt Zürich

Zurzeit ist das Soziale, das Gemeinschaftliche zur Disposition gestellt. Die einen proklamieren das Ende jeder Entwicklung im Bereich des Sozialstaates, andere konzentrieren sich auf das Verteidigen des bisher Erreichten, wieder andere verlangen den Ausbau. Das Gemeinwesen Stadt Zürich muss sich, wie alle andern Einrichtungen von Staat und auch von der Kirche, diesen divergierenden Positionen stellen. Der Stadtrat hat sich für die Legislatur 94–98 zu seiner sozialen und ökologischen Ausrichtung der künftigen Politik bekannt, gleichzeitig aber auch die Sanierung des Finanzhaushaltes proklamiert, an der alle Verwaltungsabteilungen partizipieren müssen. Das Sozialamt und die für die Wirksamkeit der Arbeit dieser Verwaltungsabteilung verantwortliche Vorsteherin haben sich also zu erklären. Genauso geht es dem Bund, den Kantonen, aber auch Ihnen, wenn Sie Ihre Budgets in den Gemeinden, den Kirchengemeinden erarbeiten, die Finanzplanung für die kommenden Jahre verantworten und schliesslich in konkreten alltäglichen Entscheidungen «gewähren oder verweigern» müssen.

Die Frage, die wir uns heute hier stellen wollen, ist aber klar: Nach welchen Kriterien, mit welcher Motivation und auf welche Ziele hin wollen wir diesen Spagat vollziehen, es mindestens versuchen?

Ich schlage Ihnen vor, dass ich Ihnen drei Themenkreise präsentiere, die mich zur Zeit beschäftigen, mit der Bitte und der Hoffnung, dass Sie zu diesen innerlich und äusserlich Stellung beziehen werden:

1. Das Soziale als Restgrösse?
2. Die Machtfrage
immer wieder neu gestellt
3. Handeln und Hoffnung –
kein Widerspruch

Das Soziale als Restgrösse

Zurzeit ist das Soziale, das Gemeinschaftliche zur Disposition gestellt. Wir, und damit spreche ich unsere soziale Verantwortung an, müssen uns diesen

divergierenden Ansprüchen stellen, müssen Position beziehen und klar deklarieren, wo unser Verständnis des Sozialen sich positioniert.

Heute müssen wir klar und deutlich artikulieren:

Das Soziale ist keine Restgrösse, die man auch noch hat, wenn das Geld reicht.

Vielmehr verstehe ich das Soziale als umfassenden Begriff für Prozesse und Strukturen innerhalb des Gemeinwesens. Es geht um das Zusammenleben der Menschen in unserer Gesellschaft, für mich jetzt konkret in der Stadt Zürich. Der Wandel des gesellschaftlichen Zusammenlebens ist deutlich. Veränderungen in der Arbeitswelt, in der Familie, in den Kirchen, in der Gemeinde als bisher identitäts- und gemeinschaftsstiftende Institutionen fordern uns heraus. Zum Beispiel die Tatsache, dass gemäss neuester Zählung, mehr als 50 Prozent der Haushaltungen in der Stadt Zürich Einpersonnen- und gegen 80 Prozent Zweipersonnenhaushalte sind. Das bedeutet etwas für die Lebensqualität, für das soziale Klima eines Gemeinwesens... Die Sozialarbeit will, ja muss in diesen gesellschaftspolitischen Prozessen mitwirken, und dabei heisst wohl die Traktandenliste:

1. Es geht um *soziale Rechte und soziale Pflichten*, um den «Gesellschaftsvertrag», wie er im politischen Meinungsbildungsprozess noch auszuhandeln ist.

Im Moment fordert man für den Markt alle Rechte und dispensiert ihn von sozialen Pflichten. Vom Staat aber fordert man alle Pflichten, ohne ihm aber das Recht einzuräumen, genügend Mittel zu bekommen, sich ebenfalls auf dem Markt zu präsentieren, sich einzumischen in die «Handelsbedingungen» im umfassenden Sinn.

2. Es geht um Verteilung im Sinn von *Haben und um Sein (Würde)*.

Existenzsicherung ist heute für viele Menschen nicht mehr selbstverständlich: junge, alte, Frauen vor allem, wenn sie Erziehungspflichten haben, ältere Arbeitnehmer, Ausländerinnen/Ausländer. Bei knappen öffentlichen und privaten Mitteln wird darüber debattiert, welche Grundrente dieser Zielgruppe ausbezahlt werden muss und basta. Es

geht aber um viel mehr, als um eine Existenzsicherung. Es geht – ich sage es altmodisch – um Würde. Die neue Armut – so neu ist sie ja nicht – wurde ende der 80er Jahre (wieder) entdeckt, also als die Wirtschaft noch auf Hochtouren lief, und hat ein ganz spezielles Gesicht. Sie ist strukturell und wachsend, das heisst also, dass immer mehr Menschen grundsätzlich ausgegrenzt werden, ausgegrenzt von der Lohnarbeit, ausgegrenzt damit aber auch aus der gesellschaftlichen Integration. «Eine Zweidrittel- bis Eindrittel-Gesellschaft gibt es halt jetzt auch bei uns» – damit, so meine ich – dürfen wir uns nicht einfach abfinden.

3. Es geht aber auch im Sinn von Teilhaben und Teilnehmen um *Partizipation*, um Ernstgenommen-, Wahrgenommenwerden, um Ausgrenzung oder um Integration. Es gibt zurzeit Klientinnen-/Klienten-Gruppen, die im Zentrum stehen, ja gerade zu dankbaren Zielen jeder öffentlichen sozialpolitischen Debatte benutzt werden. Wenn wir das Thema dann noch mit der nötigen Alarmstimmung garnieren, so wird schnell ein Ausgrenzungsmechanismus aktiv, der verheerend sein kann. Und für gewisse politische Kräfte wird so geradezu ein Klima hergestellt, in dem immer seltsamere, immer unmenschlichere Forderungen «normal», alltäglich werden. Das sind gefährliche Tendenzen, die wir aus den dreissiger Jahren kennen; lernen wir aus der Geschichte denn wirklich nichts?

Meine Damen, meine Herren, als Vorsteherin des Sozialamtes der grössten Schweizer Stadt verstehe ich meinen Auftrag so, dass ich den *Umbau des Sozialstaates sorgfältig und kompetent vorantreibe, und zwar ohne Entsolidarisierung*. Das ist eine – jetzt für mich – fachliche und politische Herausforderung, aber, so hoffe ich, auch für Sie, immer mehr wieder für alle Menschen.

Die Machtfrage immer wieder neu gestellt

Unbestritten: rauher und kälter ist es geworden, härter für die Behörden, die Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter, verzweifelter für die Betroffenen.

Was macht denn die Zeiten rau, oder eben rauher?

* Vortrag gehalten anlässlich der Abgeordnetenversammlung des «Diakonieverbandes Schweiz» am 30. Mai 1995 in Zürich.

Ihr Erfolgsrezept: Mobil telefonieren, suchen und alarmieren.



Gönnen Sie sich mehr Freiheit und Sicherheit!
Mit dem schnurlosen Kommunikationssystem CTS900 haben Sie mehr als ein mobiles Telefon. Sie können unternehmensweit komfortabel telefonieren, Personen suchen, alarmieren und Notsignale senden. Integrieren Sie diese Leistungsvielfalt einfach in Ihr bestehendes Kommunikationssystem.
Vertrauen Sie dem erfahrenen Marktleader – telekomunizieren Sie drahtlos mit Ascom.
Wir beraten Sie gerne.

ascom *Kommunikationslösungen für Ihren Erfolg.*

Ascom Telematic AG
Inhouse Communications
Stettbachstrasse 6
CH-8600 Dübendorf
Telefon 01 631 11 11
Telefax 01 631 13 19

Teilnehmervermittlungsanlagen, Personensuchanlagen, mobile Informations- und Telefonsysteme, Alarmierungs- und Notsignalanlagen, Videoüberwachung und Lichtruf

Info-Telefon: 01 252 53 00

Sicher gibt es viele Ursachen, Zusammenhänge, Problembereiche. Ich meine es sind zwei Ebenen, die wir vor allen andern genauer anschauen müssten:

2.1. Die Soziale Sicherheit am Ende der Arbeitsgesellschaft – wie schaffen wir das?

2.2. Das Sozialwesen – Organisationsstrukturen und Entscheidungsträger von gestern für übermorgen?

Die Soziale Sicherheit am Ende der Arbeitsgesellschaft – wie schaffen wir das?

Wie auch immer die wirtschaftliche Lage sich entwickeln wird, deutlich wird:

Die Arbeitsgesellschaft ist am Ende. Auch wenn die Wirtschaft wächst, so wird es kaum mehr die personalintensive Vollbeschäftigung geben (Magerproduktion heisst das Zauberwort). Die tatsächlich bestehenden Arbeitsplätze fordern hochkomplexe Arbeitskapazitäten, lassen Nischen kaum mehr zu. «Der Arbeitsgesellschaft geht die Arbeit aus.» Der Markt kann und will keine sozialen Rücksichten nehmen auf schwache, wenig belastbare Menschen. Lohnarbeitsplätze werden umkämpft werden: Junge müssen überhaupt den Zugang in den Markt schaffen, ältere (was bereits ab 45 Jahren bedeuten kann) werden hinausgespickt, Frauen oder Männer mit sozialen Pflichten werden als «Markthindernisse» endgültig ausgegrenzt.

Das Gemeinwesen – Organisationsstruktur und Entscheidungsträger von gestern für übermorgen.

Das Soziale Netz ist in der Schweiz privat organisiert. Darauf sind wir sehr stolz. So sind denn in unserem Jahrhundert ein paar Tausend soziale Institutionen entstanden, allein im Kanton Zürich um die 4000. Wer immer eine Idee hatte, gründete einen Verein, falls Kapital vorhanden war, eine Stiftung, und eröffnete eine Institution: eine Beratungsstelle, ein Heim, eine Klinik, eine Selbsthilfegruppe... und alle fanden wir sie doch nötig, nützlich, rührend, verdienstvoll oder was auch immer. Im übrigen verwies man stolz auf unser Milizsystem, wo eben die private Initiative stets Neues schafft, gemäss den Spielregeln des freien Marktes. Bis jetzt wurden alle Versuche abgewiesen, irgendwelche Bedürfnisklauseln für den Ausbau im Sozialwesen zu akzeptieren. Weil eine Institution «Gutes tut», ist sie gut. Diese Annahme wird brüchig. Das verunsichert und führt dazu, dass statt dringender Innovation eine Art Rauhreif resp. Totstellreflex die Institutionen lähmt. Nur ja nichts Neues, sonst gerät alles ins Wanken. Sparmassnahmen verlangen nach Leistungsnachweis; die Zusammenarbeit zwischen öffentlichen und privaten Organisationen verlangen nach Leistungsauftrag, nach Aushan-

deln der Kompetenzen, nach neuen Zusammenarbeitsformen mit vielleicht ungewohnten Partnern, nach klaren Vereinbarungen.

Und hier stellt sich einmal mehr die Machtfrage: Sind die Managements von Behörden und von privaten Organisationen dafür gerüstet? Sind Institutionen und Organisationen fähig und bereit, statt einen Delikatessenladen zu führen wieder Brot zu backen? Welchen Stellenwert haben in dieser Phase der neuen Prioritätensetzung unsere Vorstellungen, unsere Traditionen, unsere methodischen Ansprüche? Wo sind die Führerinnen und Führer – bei aller Vorsicht vor diesem Begriff – die wirklich diese Debatte führen? Sind wir bereit, uns dieser alten und neuen Machtfrage zu stellen und die Herausforderung anzunehmen, fair und selbstbewusst die Rahmenbedingungen neu auszuhandeln? Die Machtfrage heute heisst auch, nicht sich zurücklehnen und jammern, sondern neue Wege beschreiten und Prioritäten setzen,

- was auch heisst, es nicht allen rechtmachen zu können, indem sie alle ein wenig Geld bekommen,
- was auch heisst, gezielte Beiträge statt generelle Subventionierung,
- was auch heisst, Investitionskredite und Innovationsbeiträge statt lebenslänglicher Unterstützung,
- was auch heisst, unternehmerisches Denken in der Institution.

Definitionsmacht und Organisationsmacht von beiden Seiten ermöglichen ein faires Aushandeln. Eine «alte Frage», die sich heute mit neuen Akteurinnen und Akteuren, neuen Zielgruppen auch neu stellt.

Handeln und Hoffnung – kein Widerspruch

Die heutige gesellschaftliche Situation fordert uns professionell heraus. Sie verlangt nämlich

- eine Analyse – umfassend, klar
- eine Vision – kreativ
- eine Strategie – klug wie die Schlangen

Die *Analyse* beherrschen wir; die Instrumente dazu haben wir entwickelt und müssen sie immer wieder vornehmen, die neuen Erkenntnisse einbauen und die gesellschaftlichen Prozesse hier und weltweit genau betrachten, ihre Wirkungen hinterfragen, sie benennen.

Ich meine, da sind wir herausgefordert. Selbstbewusst, klar und gekonnt zu artikulieren, was in unserer Gesellschaft mit den Menschen geschieht.

Die *Vision* ist vielleicht schon schwieriger. Wir haben wohl eine in uns eingepägt, sie mag Ausgangspunkt gewesen sein für unsere Berufswahl, Motivation,

uns über das gewöhnliche Mass zu engagieren. Sie hat – vielleicht aber auch – die modernen Merkmalsdaten des begrenzten Wachstums noch nicht internalisiert. Genau hier aber liegt die Herausforderung bezüglich unserer Ethik, unserer Handlungsfähigkeit in den Zeiten von beschränkten Ressourcen.

Und schliesslich braucht es unsere Strategie, klug wie die Schlangen...

Vorausgesetzt – und da meine ich, ist Handeln und Hoffnung kein Widerspruch –

- wir gehen von einem Menschenbild aus, das Fähigkeiten und Bedürftigkeit jedem Menschen zugesteht, dann ist die Debatte über Rechte und Pflichten keine Spielerei.
- Wir meinen noch, dass Gesellschaftspolitik gestaltbar und verantwortlich sein soll, so müssen Behörden, Politikerinnen und Politiker, gesellschaftlich verantwortliche Kräfte eine gemeinsame Vorstellung erarbeiten, wohin die gesellschaftliche Entwicklung gehen soll.
- Wir meinen, dass menschliches Zusammenleben in einer Gemeinschaft organisiert werden soll, also nicht einfach das Recht des Stärkeren gelten darf, dass auch Rahmenbedingungen für eine Selbstorganisation der Betroffenen geschaffen werden müssen, dann dürfte heute Phantasie eine wichtige Ressource sein.
- Wir gehen davon aus, dass Menschen sich gegenseitig etwas anheissen wollen und sollen, so braucht es mehr als nur Appelle an die Selbstverantwortung.
- Wir meinen, dass die rauheren Zeiten nicht einfach eine klimatische Störung seien, die im Frühling wieder in allgemeines Blühen ausbrechen, sondern eine Challenge am Ende des Wachstums. Dann muss sich das Soziale an der Gegen- und nicht an der Einseitigkeit bilden.

Meine Damen und Herren, ich bin überzeugt, dass wir diesen neuen menschlichen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen gewachsen sind, dann nämlich, wenn wir spüren, dass Hinwendung zum andern noch immer genau die Nahtstelle meint zwischen individueller und gesellschaftlicher Identität, zwischen professionellen Erfahrungen und politischer Arbeit und wenn soziale Verantwortung nicht eine Restgrösse ist, die wir uns leisten, wenn die Staatskassen voll sind, sondern eine tägliche Selbstverständlichkeit. Ich wünsche Ihnen allen, dass sie den Glauben daran nicht verlieren und freue mich, Sie als Weggefährtinnen und Weggefährten, als Verbündete zu wissen. Ich danke Ihnen auch dafür. ■